

SAFER WORLD is a private independent international internet information network

www.safer-world.org

newsletter 83 / 07. 04. 2005

Ich habe wieder einige Veroeffentlichungen von Seiten der Industrie uebernommen, weil ich denke, es ist wichtig, die Argumentation der Industrie genau zu kennen, um gegebenenfalls eine Gegenposition einnehmen zu koennen.

Hoffen wir, dass die Diskussion ueber die gesundheitsschaedigenden Wirkungen von Feinstaeuben nun endlich das Ergebnis hat, dass von Seiten der Hersteller, der Gesetzgeber und der KonsumentInnen adaequate Reaktionen stattfinden. Erstaunlich ist für mich, dass im Zusammenhang mit Feinstäuben auch in den "normalen Nachrichtensendungen" ueber die Wirkungen von Innenraumschadstoffen gesprochen wurde.

Ingrid Scherrmann

=====

AKTIV

Von www.Elektrosmognews.de :

**Bamberger Ärzte sammeln bundesweit Mobilfunk/DECT Krankengeschichten
An Gesundheitsgeschädigte im Umfeld von Sendemasten bzw. durch DECT
(Schnurlostelefon):**

Bitte senden Sie umgehend Ihre Krankheitsgeschichten an das Bamberger Ärztekollegium zu Händen von Frau Dr. med. Cornelia Waldmann-Selsam,
Karl-May-Str. 48, 96049 Bamberg / Bug oder Telefax 09512972506 oder per eMail peter.selsam@t-online.de

Diese Krankengeschichten sollen veröffentlicht werden, d.h. sie werden nicht im Internet dargestellt, sondern sie sollen Regierungsvertretern bzw. Behörden vorgelegt werden. Dazu ist es aus optischen Gründen besser, wenn ein Name und Adresse dastehen. Sh. Beispiele unten. Fertigen Sie Ihre Krankenberichte bitte so an, wie unten vorgeschlagen und senden Sie diese umgehend mit der Bestätigung zur Veröffentlichung an das Ärztekollegium Bamberg. Bitte überwinden Sie Ihre Scheu, Ihre Daten so preiszugeben. Schliessen Sie sich den zwei Beispielen an. Die Ärzte haben in der nächsten Zeit mehrere Gespräche mit Behördenvertretern bzw. Regierungsstellen und brauchen deshalb Ihre Berichte. Ferner für die, die Ihre Berichte in einer anonymisierten Form zur Verfügung stellen wollen, gibt es die Möglichkeit, sich den Fragebogen auf der Seite des h.e.s.e.-Projects <http://www.hese-project.org/de/emf/Medizin/AufrufeAktionen/index.php?lang=de&target=AufrufeAktionen> downzuloaden. Diesen bitte ausfüllen (hier werden sämtliche Datenschutzrichtlinien beachtet) und an die Forschungsgruppe einsenden. Für telefonische Rückfragen steht Ihnen folgende Rufnummer zwischen 08:00 und 13:00 Uhr, sowie zwischen 14:00 und 18:00 Uhr zur Verfügung: 06623-410638.

=====

CHEMIKALIEN

Veröffentlichungen des Berufsgenossenschaftlichen Instituts für Arbeitsschutz – BGIA

- International Chemical Safety Cards jetzt auch in Deutsch

Die deutsche Version der ICSC-Datenbank hat das BGIA jetzt im Internet unter <http://www.hvbg.de/bgia/icsc> zur Verfügung gestellt. Sie enthält die Übersetzungen von bisher etwa 400 der insgesamt etwa 1500 „International Chemical Safety Cards“ (ICSC). Die ICSC enthalten grundlegende Informationen über Gesundheitsgefahren und den sicheren Umgang mit gefährlichen Chemikalien. Sie eignen sich vor allem für Beschäftigte, die mit solchen Chemikalien Kontakt haben, können aber auch für die Aus- und Weiterbildung genutzt werden. Ausführlichere Informationen zu Gefahrstoffen enthält auch die GESTIS-Stoffdatenbank des BGIA unter <http://www.hvbg.de/bgia/stoffdatenbank> .

Polyzyklische Aromatische Kohlenwasserstoffe (PAK)

Aktuelle Informationen zur PAK-Exposition in Arbeitsbereichen und zur inneren Belastung durch PAK gibt eine gemeinsame Publikation von BGIA und dem Berufsgenossenschaftlichen Forschungsinstitut für Arbeitsmedizin Institut der Ruhr-Universität Bochum (BGFA) die unter <http://www.bgfa.ruhr-uni-bochum.de/publik/info0304/pak.php> zum Download angeboten wird. Koks wird für die Produktion von Eisen benötigt. Bei der Herstellung von Koks entstehen polyzyklische aromatische Kohlenwasserstoffen, die über die Atemwege und die Haut aufgenommen werden können. Viele PAKs besitzen ein hohes kanzerogenes Potenzial.

=====

ELEKTRO-MAGNETISCHE STRAHLUNG

von der Bürgerwelle e.V., Dachverband der Bürger und Initiativen zum Schutz vor Elektromog

6.04.2005 **Volksbegehren "Für Gesundheitsvorsorge beim Mobilfunk" beim Innenministerium beantragt** <http://omega.twoday.net/stories/607934/>

Dazu auch:

"Bei Sende-Anlagen mitreden" <http://www.neumarktonline.de/ar2/2252.php>

Genehmigungspflicht Volksbegehren gegen Handy-Antennen SZ vom 05.04.2005
<http://www.sueddeutsche.de>

05.04.2005 **Mobilfunktelephone / ÖDP will Volksbegehren Mobilmachung gegen die Masten**
<http://www.hz-online.de/index.php?mode=full&cat=173&minDate=&begin=0&id=116464>

05.04.2005 **Volksbegehren Mobilfunk geht voran - ÖDP reicht 34 000 Unterschriften ein** München (sog) - Das Mobilfunk-Volksbegehren geht in die nächste Runde: Um die Mitbestimmung der Kommunen bei der Errichtung von Sendemasten durchzusetzen, hat die ÖPD rund 34 000 Unterschriften beim bayerischen Innenministerium eingereicht. Dieses entscheidet bis Mitte Mai, ob das Volksbegehren zugelassen wird.

"Wir sind nicht gegen Handys, aber wir wollen eine gesundheitsverträgliche Technik", sagte ÖDP-Landeschef Bernhard Suttner.

Dazu fordert das Volksbegehren zwei Gesetzesänderungen. Die ÖDP will eine generelle Genehmigungspflicht von Mobilfunk-Antennen im Bayerischen Baurecht verankern - bisher können diese bis zu zehn Meter Höhe ohne Genehmigung errichtet werden. "Nacht- und Nebelaktionen, in denen die Mobilfunkbetreiber einen Masten vors Fenster stellen, gibt es dann nicht mehr", sagt Suttner. Damit die Mobilfunkbetreiber den Wunsch der Kommunen nicht einfach übergehen können, fordert das Volksbegehren eine zweite Änderung. Im Landesentwicklungsprogramm soll künftig stehen, dass beim "Ausbau der Mobilfunknetze die Belange der Gesundheitsvorsorge besonders zu berücksichtigen sind".

Keinen Hehl macht die Umweltpartei daraus, dass ein Erfolg des Volksbegehrens nur ein Etappensieg wäre. Eigentliches Ziel ist eine massive Senkung der im Bundesimmissionsschutzgesetz festgeschriebenen Grenzwerte für Mobilfunk-Strahlung. Auf Bundesebene ist ein Volksbegehren aber

nicht möglich. Die ÖDP hofft, dass der bayerische Vorstoß den Druck auf die Bundespolitiker steigen lässt, die Grenzwerte zu senken.

Nach der Ministeriums-Prüfung kommt das Volksbegehren vermutlich im Juli in die nächste Runde. Dann müssen sich innerhalb von zwei Wochen zehn Prozent der Wahlberechtigten in Listen eintragen. Die Freien Wähler, 59 Bürgerinitiativen und 95 Bürgermeister unterstützen die Initiative.

INDUSTRIE 31.03.05 Kooperation mit den Kommunen beim Ausbau der Mobilfunknetze deutlich verbessert

Berlin (ots) -

- Jahresgutachten 2004 zur Umsetzung der Selbstverpflichtung erschienen
- Verbraucherinformation soll weiter optimiert werden

Die Selbstverpflichtung der Mobilfunknetzbetreiber war auch 2004 ein Erfolg. Sie trug dazu bei, dass sich in der Diskussion um den Mobilfunk "die Gesamtlage deutlich entspannt und verbessert hat". So lautet das Urteil der Gutachter des Mobilfunkjahresgutachtens 2004, das heute in Berlin veröffentlicht wurde.

"Für den Auf- und Ausbau der Mobilfunknetze in Deutschland spielen nicht nur finanzielle Mittel und technologische Innovationen eine zentrale Rolle, sondern auch die enge Zusammenarbeit zwischen Netzbetreibern und Kommunen. Die Selbstverpflichtung der Betreiber und die Verbändevereinbarung leisten dabei einen wichtigen Beitrag", erklärt Dagmar Wiebusch, Geschäftsführerin des Informationszentrums Mobilfunk e.V. (IZMF). In der Selbstverpflichtung hatten die Netzbetreiber im Jahr 2001 gegenüber der Bundesregierung zugesagt, beim Verbraucher-, Gesundheits- und Umweltschutz wirksame und nachprüfbare Verbesserungen herbeizuführen. Eine weitere Zielsetzung war die transparente Kommunikation gegenüber Verbrauchern und Kommunen. Dass die Netzbetreiber ihre Zusagen erfüllt haben, belegt das Mobilfunk-Jahresgutachten 2004.

Es wurde im Auftrag des Informationszentrums Mobilfunk e.V. (IZMF) von dem Deutschen Institut für Urbanistik (Difu), der Verbraucherzentrale NRW, dem Wissenschaftlichen Institut für Kommunikationsdienste (WIK) und Prof. Dr. Dietrich Henckel von der Technischen Universität Berlin erstellt. Wiebusch: "Das nunmehr dritte Gutachten zeigt, dass die Transparenz zum Thema Mobilfunk in den letzten Jahren deutlich erhöht werden konnte. Die verbesserte Kooperation zwischen allen am Aufbau der neuen Kommunikationsinfrastruktur Beteiligten hat die Diskussion positiv beeinflusst und den Auf- und Ausbau maßgeblich gefördert. Die Mobilfunknetzbetreiber werden sich aber auch zukünftig ihrer Verantwortung stellen und weitere Ansätze zur Verbesserung der Kommunikationsprozesse finden und nutzen."

Kernpunkte der Untersuchung waren die vier Bereiche der Selbstverpflichtung Kommunikation und Partizipation, Verbraucherschutz, Forschungsförderung und EMF-Monitoring. Auch wenn die Unternehmen im Kern alle kommunikativen und finanziellen Zusagen erfüllt haben, wiesen die Gutachter speziell im Bereich Verbraucherinformation auf Verbesserungsmöglichkeiten hin.

Die verfügbaren Informationsmaterialien wiesen demnach eine starke Fokussierung auf Mobilfunksendemasten auf. Da jedoch die Emissionen von Mobiltelefonen gleichermaßen für die Verbraucherinnen und Verbraucher von Interesse sind, sollte dies in den bereitgestellten Materialien künftig mehr berücksichtigt werden.

Das IZMF hat die Anregungen des Gutachtergremiums bereits aufgenommen und damit begonnen, seine Broschüren nach den Empfehlungen zu überarbeiten. "Wir nehmen unsere Rolle als Ansprechpartner für alle Bürgerinnen und Bürger zum Thema Mobilfunk und Gesundheit ernst. Daher werden wir alles daran setzen das Informationsangebot des IZMF noch verbraucherorientierter zu gestalten", betont die IZMF-Geschäftsführerin. "Wir prüfen auch geeignete Wege, die Schulung von Shopmitarbeitern der Mobilfunknetzbetreiber zum Thema Mobilfunk und Gesundheit zu unterstützen." Das Informationszentrum Mobilfunk bietet bereits auf seinen Internetseiten eine umfangreiche Übersicht zum Thema Spezifische Absorptionsrate (SAR) von Handys. Dazu zählt u. a. eine Liste der SAR-Werte aller gängigen Handymodelle, die ständig aktualisiert wird.

Weitere Informationen zu dem Jahresgutachten und dem Thema Mobilfunk allgemein erhält man beim Informationszentrum Mobilfunk e.V. unter der kostenlosen Hotline 0800-330 31 33 oder im Internet unter www.izmf.de .

Originaltext: IZMF - Informationszentrum Mobilfunk e.V. URL steht nicht mehr zur Verfügung.
Kontakt: Una Großmann, Pressesprecherin, Informationszentrum Mobilfunk e. V., Hegelplatz 1, 10117 Berlin Fon: + 49 (0) 30 / 209 16 98 - 0 Fax: + 49 (0) 30 / 209 16 98 - 11 E-Mail: info@izmf.de Internet: www.izmf.de

Das Informationszentrum Mobilfunk ist Ansprechpartner für Bürgerinnen und Bürger, Medien sowie öffentliche und private Einrichtungen zum Thema Mobilfunk und Gesundheit. Es ist ein eingetragener, **gemeinnütziger Verein**, der von den Mobilfunknetzbetreibern E-Plus, O2, T-Mobile und Vodafone getragen wird.

Hervorhebungen: Scherrmann, Anmerkung Scherrmann: Es dürfte jedem klar sein, was die Ziele des IZMF sind und dass nicht die Gesundheit der Menschen sondern die Verkaufszahlen Priorität haben. Auch hier ist es wichtig, sich ggf. **vor** einer Veranstaltung zu informieren, wie die Industrie argumentiert.

GENMODIFIZIERTES SAATGUT

06.04.2005: **Behörde: Umstrittenes Patent auf Gen-Soja bestätigt**

München (dpa) - Das Europäische Patentamt (EPA) in München hat am Mittwoch ein umstrittenes Patent auf gentechnisch veränderte Soja- Pflanzen zunächst bestätigt. Die Behörde lehnte einen Einwand von Greenpeace gegen das 1996 erteilte Patent ab.

<http://www.netdoktor.de/nachrichten/index.asp?y=2005&m=4&d=7&id=118481>

22.03.2005 **Landwirtschaft: Gen-Raps schadet Bienen und Schmetterlingen**

Die grüne Gentechnik muss einen weiteren Schlag hinnehmen: Eine Studie aus Großbritannien zeigt, dass der Anbau von Gen-Raps die Bestände von Bienen und Schmetterlingen dezimieren könnte.

<http://www.spiegel.de/wissenschaft/mensch/0,1518,druck-347732,00.html>

Und/oder Studie: **Drastisch weniger Schmetterlinge und Bienen auf Gen-Raps-Feldern**

Der kommerzielle Anbau von genetisch veränderten Pflanzen hat große Auswirkungen auf die umliegenden Gewächse und damit auch auf Schmetterlinge und Bienen. Zu diesem Schluss kommt eine dreijährige Studie im Auftrag der britischen Regierung, die im Wissenschaftsmagazin Nature veröffentlicht wurde. Nach den Ergebnissen der Forscher, die ein Rapsfeld mit genetisch verändertem Canola-Raps untersuchten, der einem

Autoabgase schädigen die menschliche DANN bestimmten Herbizid widersteht, nahm die Zahl der Schmetterlinge und Bienen drastisch ab. ... http://www.ngo-online.de/ganze_nachricht.php4?Nr=10732

23. März 2005 **Traurig aber wahr ... Syngenta-Gentech-Skandal in den USA**

Syngenta hat versehentlich einen nicht zugelassenen Bt-Mais über vier Jahre angebaut und die Ernte verkauft, die US-Behörden haben nichts gemerkt und offenbar versucht, Syngenta und sich selbst zu decken.

SPIEGEL ONLINE - 23. März 2005 Agrartechnologie **Gen-Mais ohne Zulassung jahrelang ausgesät**

Die Kontrollen von gentechnisch verändertem Saatgut scheinen in den USA nicht zu greifen. Ein Biotech-Konzern brachte jahrelang staatlich nicht zugelassene Maissaat aus - ein Versehen, wie das Unternehmen Syngenta versichert. Der Agrarkonzern und die US-Regierung hielten den Fehler monatelang geheim. Mehr <http://www.spiegel.de/wissenschaft/mensch/0,1518,347840,00.html>

Original: GMO crop scandal - Did Syngenta's illegal corn come to Europe?

Brussels, 23 March 2005 - Friends of the Earth has written to the European Commission asking for urgent reassurance that unapproved genetically modified (GM) corn has not been imported into Europe. The threat was highlighted as Swiss-based Syngenta admitted yesterday that they

inadvertently sold hundreds of tonnes of the wrong GM corn to US farmers over the past four years. ...
Das ganze ist auf der HP von Nature unter www.nature.com/news zu finden.

Landwirtschaft: Gen-Raps schadet Bienen und Schmetterlingen (22.03.2005)

<http://www.spiegel.de/wissenschaft/mensch/0,1518,347732,00.html>

Gentechnik: Neue Bäume für das Land (15.11.2004)

<http://www.spiegel.de/spiegel/0,1518,327746,00.html>

06.04.05: Nach Gen-Mais-Skandal: SPD Fraktion möchte Gentechnik-Lobbyismus betreiben

Die SPD-Fraktion möchte das Vertrauen der deutschen Verbraucher in die grüne Gentechnik stärken. Das betonte die AG Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft der SPD-Bundestagsfraktion anlässlich des Skandals um illegal in die Nahrungskette gelangten Süßmais (ngo-online berichtete). Demnach seien die Erschütterungen durch BSE- und Nitrofenskandale "noch nicht vergessen". "Wir wollen das nicht noch einmal erleben.", hieß es von der Fraktion. Sie fürchtete: "Die Bemühungen, die Akzeptanz der Verbraucher gegenüber der grünen Gentechnik zu fördern, können durch diesen Vorgang um Jahre zurück geworfen werden." Das Vertrauen der Verbraucher habe durch "die illegalen Geschäftemachereien" von Syngenta Schaden erlitten, so die SPD-Fraktion. Obwohl über zwei Drittel der deutschen VerbraucherInnen Gentechnikprodukte ablehnten, müsse "alles daran gesetzt werden", das "Vertrauen" in diese Produkte zurückzugewinnen. "Wir gehen hierzu von einer breiten Allianz in Politik und Wirtschaft in Deutschland aus.", führte die Fraktion aus. **Der illegal in die Nahrungskette gebrachte Gentech-Mais ist gegen ein beim Menschen häufig verwendetes Antibiotikum resistent.**

Die ganze Nachricht im Internet: http://www.ngo-online.de/ganze_nachricht.php?Nr=10817

**Bundestag Berlin: Mi, 23.03.2005 Verbraucherschutz/Antwort
"EU-Kommission soll Saatgutrichtlinien weiter veraendern"**

Berlin: (hib/SAS) Die EU möchte nach Angabe der Bundesregierung die gemeinschaftlichen Saatgutrichtlinien verändern, um naturschutzfachliche Belange besser mit den Interessen der wirtschaftlichen Nutzer von Saatgut in Einklang zu bringen.

In ihrer Antwort (15/5087) auf eine Kleine Anfrage der FDP-Fraktion (15/4960) erklärt die Regierung dazu, bisher stünden die Regelungen des Saatgutrechts der Vermarktung von Saatgut gebietsheimischer Wildformen von Gräsern- und Leguminosenarten entgegen.

So schreibe das Saatgutverkehrsgesetz, gestützt auf EU-Recht, für das Ausbringen von Saat- und Pflanzgut unter anderem eine amtliche Sortenzulassung vor. Die saatgutrechtliche Zulassung setze voraus, dass die Sorten unterscheidbar, homogen und beständig sind.

Demgegenüber sei Saatgut zur Aussaat in die freie Natur nicht darauf ausgerichtet, dieselben Kriterien zu erfüllen, sondern diene der Bewahrung der natürlichen genetischen Vielfalt. Um diesen Widerspruch zu lösen, hat die Bundesregierung eigenen Angaben zufolge, die Kommission aufgefordert, die noch ausstehenden EU-Vorschriften zur Änderung der gemeinschaftlichen Saatgutrichtlinien "umgehend" anzugehen. Die Kommission ihrerseits habe zugesagt, das Thema im Jahr 2005 "prioritär zu behandeln".

Die FDP-Fraktion hatte "den Konflikt zwischen Saatgutverkehrsgesetz und dem Bundesnaturschutzgesetz" so beschrieben: im Landschaftsbau würden bei der Begrünung von Ausgleichsflächen, dem Erstellen von oberflächenfestigenden Pflanzendecken Wildblumen-, Gräser- und Leguminosenmischungen ausgesät, die in der Mehrzahl importiert werden. Knapp die Hälfte des Bedarfs an Gräser Saatgut in Deutschland und fast der Gesamtbedarf des Leguminosensaatguts würden derzeit aus dem Ausland importiert, da der Bedarf aus heimischer Produktion nicht gedeckt werde.

Damit könnten aber fremde Unterarten eingeschleppt werden, die die heimische Wildflora verfälschen könnten, so eine Warnung von Wissenschaftlern. Die bei einer solchen Aussaat herbeigeführte Florenverfälschung widerspreche aber den Absichten des Bundesnaturschutzgesetzes.

Laut Umweltbundesamt werden die ökonomischen Schäden ausgewählter Arten auf über 100 Millionen Euro geschätzt, so die FDP weiter.

INDUSTRIE: 18.03.05

Gentechnikgesetz - kleiner Schritt in die richtige Richtung - Erste Korrekturen im Gentechnikrecht zeigen den grundsätzlichen Reformbedarf

Berlin (ots) - Der Deutsche Bauernverband (DBV) begrüßte den Sinneswandel in der Gesetzgebung zur Grünen Gentechnik. Mit den Veränderungen beim Standortregister werde ein kleiner aber wichtiger Beitrag zum Frieden auf den Dörfern geleistet, erklärte DBV-Generalsekretär Dr. Helmut Born anlässlich der Verabschiedung des Zweiten Gentechnikgesetzes im Deutschen Bundestag. Die Änderungen sehen vor, dass im öffentlichen Teil des Registers die Gemeinde und die Gemarkung der Freisetzung oder des Anbaus sowie die Flächengröße einsehbar sind. Damit sei gewährleistet, dass es im Rahmen von Versuchsvorhaben oder des Anbaus nicht zu mutwilligen Zerstörungen komme, so Born.

Der DBV mahnte allerdings weitere Korrekturen im Gentechnikrecht an. Vor allem die im ersten Gentechnikgesetz verankerte verschuldensunabhängige, gesamtschuldnerische Haftung sei nicht akzeptabel. Wenn Bundeskanzler Gerhard Schröder sich dafür ausspreche, dass die Grüne Gentechnik nun genutzt werden solle, dann gehöre diese Haftungsregelung vom Tisch, forderte Born. Mit einem einfachen Haftungsfondsmodell, wie es auch in den Nachbarländern Dänemark und den Niederlanden entwickelt wurde, könne eine Regelung etabliert werden, die den Landwirten eine echte Koexistenz sichere.

Doch reiche es nicht, lediglich die gentechnischen Arbeiten im Labor zu vereinfachen, wie jetzt im zweiten Gentechnikgesetz geschehen.

Auch der Erprobungsanbau sollte praxisingerecht und ohne bürokratische Hürden ermöglicht werden, forderte Born. Damit schaffe man die Voraussetzungen für eine dringend notwendige Verordnung zur Regelung der guten fachlichen Praxis.

Gerade für die Wachstumsbranche der nachwachsenden Rohstoffe, die unbestritten als Jobmotor anzusehen ist, werde Forschung und Einsatz der Gentechnik eine Initialzündung bedeuten. Für diesen zukunftssträchtigen Energiezweig seien auf Energieertrag optimierte Pflanzen notwendig, die ressourcenschonend angebaut werden, um das Marktpotential vollständig auszuschöpfen und den Siegeszug fortzusetzen.

Originaltext: Deutscher Bauernverband (DBV), Digitale Pressemappe: <http://presseportal.de URL steht nicht mehr zur Verfügung. /story.htx?firmid=6599>

=====

GENDIAGNOSTIK - INDUSTRIE

29.03.05 Technology Review über das Geschäft mit Gentests / Die falschen Versprechen der Gendiagnostik

Hannover (ots) - Während in Deutschland die Experten noch diskutieren, brummt im Ausland schon das Geschäft mit Gentests. Doch die Untersuchungen halten nicht, was sie versprechen. Genforscher schütteln über die teilweise im Internet angebotenen Tests nur den Kopf, schreibt das Technologiemagazin Technology Review in der aktuellen Ausgabe 4/2005.

Schon für 199 Euro soll man das genetische Risiko für einen Herzinfarkt anhand von sieben Genen untersuchen lassen können. Dabei schätzen Genforscher die Anzahl der beteiligten Gene auf 200. **Der Einfluss von Rauchen, Fehlernährung und Bewegungsmangel ist zudem überwältigend.** Klaus Zerres, Leiter des Instituts für Humangenetik in Aachen, stellt fest, dass man schlicht nicht wisse, welche Gene in welchem Ausmaß zu koronaren Herzerkrankungen beitragen. Ein Vorteil durch das Testen einzelner Gene sei bislang nicht einmal bewiesen.

Die Gendiagnostik hat in den vergangenen Jahren eine steile Karriere durchlaufen. Dank vollautomatischer Sequenzierung und Chiptechnologie werden Gentests immer schneller und billiger. Den Schlagzeilen vom "Alkoholismus-Gen" oder einem Gen, das Schizophrenie verursachen soll, folgen zwar schnell Dementis, dennoch werden in Deutschland heute jährlich 90.000 Gentests durchgeführt, Tendenz steigend. Der Blick ins Erbgut interessiert bereits Arbeitgeber, und

Versicherungen melden ihr Interesse an.

Derzeit kann man in Deutschland mit 2448 verschiedenen Gentests 554 verschiedene Krankheiten ergründen, beinahe täglich werden es mehr. Die meisten davon betreffen allerdings seltene Erbkrankheiten wie Chorea Huntington, die von einer einzigen Abweichung in einem bestimmten Gen hervorgerufen werden. Nur in wenigen Fällen ist ein solches monogenes Merkmal in der Bevölkerung so häufig, dass die Suche auch ohne einen konkreten Verdacht Sinn macht.

Andere Krankheiten hingegen werden von einer Vielzahl unabhängiger Genvarianten begünstigt, die sich womöglich untereinander beeinflussen und zudem noch mit der Umwelt wechselwirken. Trotz hoher Verbreitung in der Bevölkerung ist der Einfluss des einzelnen Gens auf das Krankheitsbild dabei nur gering. Deshalb werden Gentests für häufig auftretende Krankheiten bislang vor allem von denjenigen empfohlen, die damit Geld verdienen. Ärzte, die mit ihrer Beratungspflicht sorgsam umgehen, erklären ihren Patienten, wenn ein Gentest gar nicht sinnvoll ist. (thv)

Titelbild Technology Review 4/2005 www.heise-medien.de/presseinfo/bilder/tr/05/tr042005.jpg

Ihr Ansprechpartner für Rückfragen: Erik von Hoerschelmann Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
erik.von.hoerschelmann@heise-medien.de

Hervorhebung. Scherrmann, Anmerkung Scherrmann: Ich denke, der Einfluss von Innenraumschadstoffen insgesamt ist erst recht überwältigend.

=====

INFORMATIONEN von ORGANISATIONEN

Vom WWF:

06.04.05 **Blut-Gruppe gesucht Wie giftig sind wir? WWF sucht Musterfamilie für europaweiten Bluttest**

Bremen (ots) - Umweltgifte gelangen tagtäglich auf unterschiedlichen Wegen in die Umwelt - und viele von ihnen werden dadurch vom Menschen aufgenommen. Die Schadstoffe entweichen aus Computern und Fernsehern, stecken als Weichmacher in Kinderspielzeug und Plastikschüsseln oder finden sich in Textilien. Sie gefährden die Gesundheit, indem sie beispielsweise in den natürlichen Hormonhaushalt eingreifen, Allergien oder sogar Krebs auslösen können. Über die Muttermilch werden die Substanzen direkt an die nächste Generation weitergegeben. Der WWF will diesen Industriechemikalien mit einem europaweiten Bluttest auf die Spur kommen und sucht nun Familien, die eine Blutprobe zur Verfügung stellen. Auch in Deutschland wird eine Familie gesucht, die sich auf acht der gefährlichsten synthetischen Chemikaliengruppen untersuchen lässt.

Auf www.wwf.de können sich interessierte Familien ab sofort bis zum 3. Mai bewerben. Um optimale Testergebnisse zu erzielen, ist der WWF auf drei ganz bestimmte Familienmitglieder aus drei Generationen angewiesen: Für den Bluttest können sich ausschließlich eine Großmutter, deren Tochter und deren Kind (ein Junge oder Mädchen ab zehn Jahren) qualifizieren. Die genauen Teilnahmebedingungen erläutert der WWF auf seiner Homepage. Anfang Juni werden die Blutproben entnommen. Zum Abschluss der Bluttest-Kampagne findet eine Reise zum Europäischen Parlament in Brüssel statt. Dort werden im Oktober die Testergebnisse aller Familien aus zehn teilnehmenden Staaten den Abgeordneten überreicht.

WWF-Chemikalienexpertin Dr. Ninja Reineke erläutert: "Kein Mensch möchte einen Giftcocktail in seinem Blut. Unser Test soll zeigen, wie weit die schleichende Vergiftung einer 'Otto-Normal-Verbraucherin' mit gefährlichen Industriechemikalien bereits vorangeschritten ist." Frühere Analysen wiesen vom Menschen in Umlauf gebrachte Gifte wie PCB (Polychlorierte Biphenyle) und Organo-Chlorpestizide (zum Beispiel DDT) bis in die hintersten Winkel der Welt nach. Besorgniserregend waren auch die Ergebnisse eines WWF-Bluttests unter EU-Ministern: Darin wiesen die Umweltschützer voriges Jahr dutzende bedenkliche Chemikalien im Blut der Parlamentarier nach. "Viele der Chemikalien sind zwar bereits

seit Jahren verboten, doch die Rückstände im Blut halten sich sehr lange. Das beweist, dass man schnell handeln muss, wenn die Vergiftung gestoppt werden soll", sagt Ninja Reineke. Der WWF warnt vor gravierenden Langzeitfolgen für Umwelt, Tiere und Menschen und fordert, dass Chemikalien auf ihre Unbedenklichkeit hin überprüft werden, bevor sie verwendet werden.

Der WWF möchte mit seiner Bluttaktion erreichen, dass sich die EU- Parlamentarier für eine starke EU-Chemikalienreform REACH (Registrierung, Evaluierung, Autorisierung von Chemikalien) einsetzen. Die derzeit diskutierte Gesetzesvorlage reicht nach Ansicht des WWF nicht aus, um die durch Schadstoffe drohenden Gefahren für Umwelt und menschliche Gesundheit zukünftig abzuwenden.

Weitere Informationen erhalten Sie unter engel@wwf.de

Kontakt: Kirsten Andrä WWF World Wide Fund For Nature, Telefon: 0421 / 6584-618 Email: andrae@wwf.de

Von Foodwatch:

Foodwatch hat sich juristisch gegen McDonald's durchgesetzt, die Fast Food-Kette muss erneut eine Werbung zurückziehen.

McDonald's hatte damit geworben, dass die Hamburger Brötchen nur mit Mehl, Wasser, Zucker, Öl, Hefe und "natürlichen Backhilfsstoffen" gebacken seien. foodwatch ist aber bekannt, dass zu diesen Backhilfsstoffen auch Zusatzstoffe wie Emulgatoren gehören (häufig bei der Herstellung von Brötchen verwendete Emulgatoren sind zum Beispiel E472e, E471, E481). Nach dem deutschen Lebensmittelgesetz ist es verboten, derartige Zusatzstoffe mit der Eigenschaft "natürlich" zu bewerben. Auf Druck von foodwatch hat McDonald's am 31. März 2005 eine strafbewehrte Unterlassungserklärung unterschrieben und sich verpflichtet, diese Werbung nicht mehr zu verwenden. Aktuell berichtet Der Spiegel (Nr.14/2005, Seite 18) über diesen foodwatch-Erfolg (derzeit auch unter <http://www.spiegel.de/spiegel/vorab/0,1518,349268,00.html>).

In der geänderten Werbung der Fast Food-Kette ist nun lediglich die Rede von "Backhilfsstoffen". Dabei weigert sich McDonald's aber offen zu legen, welche spezifischen Emulgatoren für die Herstellung der Hamburger Brötchen verwendet werden. Leider wieder ein "gutes" Beispiel dafür, wie dürftig die Rechte der Verbraucher sind. Denn bei der Angabe von Inhaltsstoffen in Lebensmitteln geht es um das demokratische Verbraucher-Grundrecht aller Bürger auf Transparenz - sei dies nun bei McDonald's, bei Fast Food oder bei irgendeinem anderen Nahrungsmittel.

Es ist bereits das zweite Mal, dass McDonald's eine Niederlage gegen foodwatch beim Thema "pseudoreine" Brötchen erlitten hat. Im Herbst 2003 hatte der Konzern auf medialen Druck von foodwatch ebenfalls eine Werbekampagne einstellen müssen. Darin hatte McDonald's behauptet, dass die Burger-Brötchen ohne Backmittel (Emulgatoren) hergestellt würden, was foodwatch als falsch widerlegen konnte.

Lesen Sie mehr zur Auseinandersetzung mit McDonald's unter <http://www.foodwatch.de/showpage.php?pagelId=567>. Hier finden Sie auch die Originaldokumente der Korrespondenz als PDF-Dokumente. Übrigens wirbt McDonald's unter anderem mit folgendem Slogan: "Für die optimale Zufriedenheit und das Vertrauen unserer Gäste tun wir alles."

foodwatch e.V., Brunnenstr. 181, 10119 Berlin Barbara F. Hohl (V.i.S.d.M.) www.foodwatch.de , info@foodwatch.de

Gemeinsame Presse-Erklärung PAN Germany/ NABU Berlin/ Hamburg, 05.04.2005
PAN Germany und NABU fordern Forschung zu Pestizid-Fehlanwendungen Grenzwerte werden regelmäßig überschritten

Berlin/Hamburg – Die Umweltverbände Pestizid Aktions-Netzwerk (PAN Germany) und Naturschutzbund NABU fordern bessere Informationen zur Praxis der Anwendung von

Pflanzenschutzmitteln in der Landwirtschaft. In einem Offenen Brief an die zuständigen Bundesministerien und Bundesbehörden betonen die beiden Verbände, dass die Durchführung eines Forschungsprojekts zur Feldbeobachtung von Pestizidanwendungen dringend erforderlich sei. „Regelmäßige Überschreitungen von Grenzwerten sowie die Beeinträchtigung von Gewässern zeigen, dass häufig gegen die gesetzlichen Bestimmungen bei der Pestizidausbringung verstoßen wird“, sagte PAN-Geschäftsführerin Carina Weber. Daher sei es dringend erforderlich, das Ausmaß von Pestizid-Fehlanwendungen und deren Gründe zu untersuchen.

Das Forschungsvorhaben des Umweltbundesamtes soll mit Hilfe von unangekündigten Feldbeobachtungen anonymisierte Daten über Umfang und Ursachen der Fehlanwendungen von Pestiziden erheben, um das Zulassungs- und Regulierungsverfahren zu verbessern. Diese Vorgehensweise wird von zahlreichen Vertretern aus Politik und Landwirtschaft unter dem Schlagwort „Bauernspione“ diffamiert. „Mit ihrer unsachlichen Polemik lenken die Kritiker von der Tatsache ab, dass die derzeitigen Anwendungsbestimmungen ganz offensichtlich entweder nicht praxistauglich sind oder regelmäßig missachtet werden“, so NABU-Bundesgeschäftsführer Leif Miller. Nur durch die Erhebung konkreter Daten könnten die Auflagen für die Pestizidanwendung praxisnäher und sinnvoller erfolgen. Daher müsse es im Interesse aller mit der Zulassung und Anwendung von Pestiziden Betroffenen sein, dass das Forschungsvorhaben erfolgreich durchgeführt werde.

Für Rückfragen: Carina Weber, PAN-Geschäftsführerin, Tel. 040-3 99 19 10-23 Florian Schöne, NABU-Agrarexperte, Tel. 030-284 984-26 Der Offene Brief ist im Internet zu finden unter:

<http://www.pan-germany.org> und www.NABU.de

Direkter Link zum Download des offenen Briefs: http://www.pan-germany.org/download/fehlantw_brf_0405.pdf

Pestizid Aktions-Netzwerk e.V. [:presse@pan-germany.org](mailto:presse@pan-germany.org) <http://www.pan-germany.org>

*

Von PAN Germany / Brot für die Welt: Gemeinsame Presse-Information Hamburg/Stuttgart, 31.3.2005

Erfolg für mehr Transparenz im Pestizidhandel

Das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) wird ab diesem Jahr die gemäß Pflanzenschutzgesetz gemeldeten Pestizid-Absatzdaten ausführlicher veröffentlichen und reagiert somit auf Forderungen von PAN Germany und Brot für die Welt.

Nach eingehender Prüfung hat das BVL beschlossen, ab 2005 die jährlich gemeldeten Daten zum Inlandsabsatz und zum Export von Pestizidwirkstoffen ausführlicher als bisher zu veröffentlichen. Dadurch werden der Allgemeinheit zukünftig detailliertere Informationen zu gehandelten Pestiziden auf Wirkstoffebene zugänglich gemacht.

„Diese Entscheidung des Bundesamtes für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit bedeutet einen wichtigen Schritt in Richtung Transparenz beim Handel mit diesen teilweise hochgiftigen Chemikalien“ so Carina Weber, Geschäftsführerin PAN Germany.

Dennoch ist dies laut PAN Germany und Brot für die Welt lediglich ein erster Schritt. Zusätzlich müsse die Industrie dazu verpflichtet werden, beim Export von Pestiziden das Empfängerland anzugeben. Dies müsse im Zuge der aktuellen Novellierung des Pflanzenschutzgesetzes gesetzlich verankert werden, fordern PAN Germany und Brot für die Welt.

„Die Angaben zum Empfängerland sind nicht zuletzt für uns als Organisation sehr wichtig, um auf dieser Grundlage Maßnahmen und Projekte zur Verringerung der drastischen Probleme in der Anwendung von Pestiziden, insbesondere in Entwicklungsländern, zu entwerfen“, so Peter Rottach, Brot für die Welt.

Die deutsche Pestizidindustrie zählt weltweit zu den Spitzenexporteuren und trägt somit zu den oft verheerenden Umwelt- und Gesundheitsschäden bei, die insbesondere bei der Anwendung von Pestiziden unter Armutbedingungen auftreten.

Weitere Informationen:

Simone Hueber, Tel.: 040 – 399 19 10 – 26, simone.hueber@pan-germany.org Peter Rottach, Tel.: 0711 – 21 59 – 268, p.rottach@brot-fuer-die-welt.de

Hintergrundinformationen: Broschüre unter: <http://www.pan-germany.org/download/pestizidexport.pdf>

Von Greenpeace:

24.03.2005 Giftrekord in Früh-Erdbeeren Greenpeace: Künast entschärft Pestizidgrenzwerte zugunsten von Obstimporteuren

93 Prozent der Früh-Erdbeeren aus den sieben größten deutschen Supermarktketten enthalten Rückstände giftiger Pestizide. Dies ist der höchste Prozentsatz, den das Greenpeace-EinkaufsNetz im Angebot der führenden Supermarktketten Aldi, Edeka, Lidl, Metro (dazu gehören Real und Kaufhof), Rewe (mit Penny und Karstadt), Spar und Tengelmann/Plus seit dem Start der Greenpeace-Tests 2003 gefunden hat.

Gesundheitlich besonders bedenkliche Mehrfachbelastungen mit bis zu fünf verschiedenen Pestiziden gleichzeitig wurden zudem in 70 Prozent der insgesamt 27 untersuchten Proben entdeckt. Alle Erdbeeren stammten aus konventionellem Anbau aus Spanien und Marokko.

Nur scheinbar verringerte sich im aktuellen Test die Quote der Grenzwertüberschreitungen. 3,7 Prozent der Anfang März untersuchten Erdbeeren lagen über den derzeit zulässigen gesetzlichen Grenzwerten.

Dass Greenpeace trotz ansteigender Pestizidbelastung weniger Überschreitungen gefunden hat, liegt daran, dass das Verbraucherministerium wiederholt auf Antrag von Spanien, dem Hauptimporteur für Früherdbeeren, die Grenzwerte für häufig eingesetzte Pestizide bis um das 20-fache erhöht hat. Darunter sind auch besonders gefährliche Wirkstoffe wie das krebserregende Kresoxim-Methyl.

Lasche Lebensmittelkontrollen

Hätte Greenpeace die Erdbeeren auf Basis der schärferen Grenzwerte von 2003 bewertet, läge die Überschreitungsquote für die Agrargifte mit 29,6 Prozent fast zehn Mal so hoch und damit höher als bei allen bisherigen Greenpeace Tests von Erdbeeren. In 2004 hatte Greenpeace neun Prozent Überschreitungen, in 2003 25 Prozent festgestellt. Eine Erdbeerprobe weist selbst nach den jetzigen "geschönten" Regelungen noch eine erhöhte Belastung auf: Sie stammt von dem spanischen Hersteller S.A.T. Grufesa und wurde bei Karstadt in Köln verkauft.

"Frau Künast muss mit den Bundesländern die laschen Lebensmittelkontrollen verschärfen und so wie versprochen für `Klasse statt Masse` sorgen. Stattdessen einfach die Grenzwerte anzuheben, ist ein Skandal für den Verbraucherschutz", kritisiert der Greenpeace-Chemieexperte Manfred Krautter. "Die Ministerin tut damit den Erdbeerproduzenten einen Gefallen, die besonders viele Pestizide einsetzen. Die Verbraucher aber bekommen legal immer mehr Agrargifte auf den Teller. Bioprodukte sind in jedem Fall die bessere Wahl", empfiehlt Krautter.

Verbraucherministerin Renate Künast (Grüne) hatte in ihrem Pestizid-Reduktionsprogramm im Oktober 2004 angekündigt, die Grenzwertüberschreitungen in pflanzlichen Lebensmitteln von derzeit fast neun auf unter ein Prozent drücken zu wollen. Greenpeace fordert von Bund und Ländern einen sofortigen Stopp der Grenzwertanhebungen und wirksame Kontrollen beim Handel.

Mitarbeiter des Greenpeace-EinkaufsNetzes hatten in Hamburg, Köln, Stuttgart, Leipzig, Frankfurt, Kassel und Nürnberg Erdbeeren gekauft und von einem anerkannten Speziallabor untersuchen lassen. www.greenpeace.de

=====

KURZINFO aus unterschiedlichen Quellen

06.04.2005

WHO: Jedes zweite Kind lebt im Rauch

Berlin (dpa) - Jedes zweite Kind in Deutschland wächst in einem Raucherhaushalt auf. Zum Weltgesundheitsstag haben Politiker und Organisationen daher eindringlich vor den Risiken durch Zigaretten für Kinder und Mütter gewarnt ..

<http://www.netdokter.de/nachrichten/index.asp?y=2005&m=4&d=7&id=118482>

Volksdroge Alkohol: Über 6000 Tote in Bayern jährlich

München (dpa) - Mehr als 6000 Menschen sterben in Bayern Jahr für Jahr an den Folgen unmäßigen Alkoholkonsums. Am Rande des vierten Münchner Suchtforums informierte Gesundheitsminister Werner Schnappauf (CSU) am Mittwoch zum Thema Alkoholmissbrauch...

<http://www.netdokter.de/nachrichten/index.asp?y=2005&m=4&d=7&id=118477>

Zigarettenrauch, Heizungsrückstände, Reifenabrieb nicht vergessen

„Feinstaub-Debatte ist eine Geisterdiskussion!“

Die Feinstaubdebatte ist nach Ansicht von Experten eine „Geisterdiskussion“. „Keiner stirbt allein am Feinstaub aus dem Auspuff.“

Dies betont der Medienbeauftragte des Deutschen Bundesverbandes der Pneumologen, Dr. Michael Barczok. Auch Zigarettenrauch, Heizungsrückstände und Reifenabrieb spielten eine nicht unerhebliche Rolle. „Wer raucht, produziert sich seinen Feinstaub selbst“, mahnt der Facharzt für Lungen- und Bronchialheilkunde.

Medizinisch unanfechtbar sei, dass Feinstaub zur Zunahme von Atemwegallergien, chronischem Husten und Bronchitis beitrage. Insofern sei es wichtig, Maßnahmen zu ergreifen. „Lokale Maßnahmen werden uns aber nicht weiterbringen, da der Feinstaub über 1 000 Kilometer weit übertragen werden kann“, erklärt Barczok.

dpa / jj <http://www.aerztlichepraxis.de>

05.04.2005

Kunstfehler: Mehr Todesfälle als im Straßenverkehr

München - An Behandlungsfehlern sterben in deutschen Krankenhäusern mehr Menschen als im Straßenverkehr. Nach einem Bericht der Online-Ausgabe der "Welt" legte der Präsident der Deutschen Chirurgischen Gesellschaft, Matthias Rothmund, gestern

in...<http://www.netdokter.de/nachrichten/index.asp?y=2005&m=4&d=6&id=118468>

Luftverschmutzung beeinflusst Pflanzenkrankheiten

Forscher untersuchen Einfluss von Schwefeldioxid auf Weizen

<http://www.presetext.de/pte.mc?pte=050405012>

04.04.2005

US-Behörde: Kinder besonders gefährdet durch Karzinogene

WASHINGTON. Die amerikanische Umweltbehörde (Environmental Protection Agency, EPA) hat neue Leitlinien zur Bewertung von karzinogenen Stoffen herausgegeben. Darin wird erstmals anerkannt, ... [mehr]

<http://www.aerzteblatt.de/v4/news/letterlink.asp?m=htm&id=12712&md5=acd2c7d3889264afdb70ef63a3187f36>

31.03.2005

Bundesärztekammer warnt vor Feinstaub-Belastung

BERLIN. Vor der zunehmenden Belastung durch Feinstaub hat die Bundesärztekammer (BÄK) gewarnt. „Wenn wir jetzt nicht endlich etwas dagegen unternehmen, müssen wir mit einem drastischen ...

<http://www.aerzteblatt.de/v4/news/letterlink.asp?m=htm&id=12681&md5=acd2c7d3889264afdb70ef63a3187f36>

Abholzung, Klimaänderung und Umweltverschmutzung verhindern Fortschritt

Studie zeigt globalen Verfall auf <http://www.presetext.de/pte.mc?pte=050331007>

29.03.2004

Feinstaubpartikel gefährden Herz und Lunge

Der Anteil superkleiner Schwebeteilchen in der Luft hat schon im ersten Quartal in zwei deutschen Städten - Stuttgart und München - den zulässigen EU-Jahresgrenzwert überschritten. Das Risiko für gesundheitliche Folgen durch die Exposition mit dem Feinstaub ist groß.

<http://www.aerztezeitung.de/nel/?id=350778,3919,/medizin/atemwege>

Verkehrsabgase schädigen die DNA

LONDON. Autoabgase schädigen das Erbgut. Zu diesem Ergebnis kommt eine kleine Studie in der Fachzeitschrift Occupational and Environmental Medicine 2005; 62: 216-22).

<http://www.aerzteblatt.de/v4/news/letterlink.asp?m=htm&id=12655&md5=acd2c7d3889264afdb70ef63a3187f36>

Kinderärzte: Jedes fünfte Kind in Deutschland entwicklungsgestört

OSNABRÜCK. Jedes fünfte Kind in Deutschland ist nach Angaben von Kinderärzten entwicklungsgestört und damit praktisch

krank. <http://www.aerzteblatt.de/v4/news/letterlink.asp?m=htm&id=12645&md5=acd2c7d3889264afdb70ef63a3187f36>

Blauer Dunst auf grüner Insel nach einem Jahr beinahe vergessen

DUBLIN. Irlands Kneipenszene hat den Schritt ins rauchfreie Zeitalter offenbar gut verkraftet. Ein Jahr nach Inkrafttreten von Europas strengstem Nichtrauchergesetz regt sich in den Pinten

<http://www.aerzteblatt.de/v4/news/letterlink.asp?m=htm&id=12649&md5=acd2c7d3889264afdb70ef63a3187f36>

22.03.2005

Abgase fördern Aktivität der freien Radikale <http://www.presstext.de/pte.mc?pte=050322009>

21.03.2005

Feinstaub: Umweltverband verklagt schmutziges Berlin

Berliner Luft kann tödlich sein. Das meint die Deutsche Umwelthilfe und verklagt die Hauptstadt deshalb. Berlin soll Sofortmaßnahmen gegen den hohen Feinstaubanteil in der Luft zu ergreifen. Weitere Städte sollen folgen. Dem Verband zufolge sterben 65.000 Menschen wegen der Luftverschmutzung jedes Jahr einen zu frühen Tod.

<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518.druck-347588,00.html>

Verseuchtes Wasser tötet täglich weltweit 4 000 Kinder

KÖLN. Weltweit sterben nach Angaben des UN-Kinderhilfswerks UNICEF pro Tag rund 4 000 Kinder an Krankheiten, die auf verschmutztes Wasser zurückzuführen sind. Mehr als eine Milliarde ... [mehr]

Viele Patienten haben psychische Beschwerden

Zehn Prozent der Bevölkerung haben Körperbeschwerden mit psychischer Ursache, hat Professor Peter Joraschky aus Dresden bei der Jahrestagung des Deutschen Kollegiums für Psychosomatische Medizin (DKPM) in Dresden gesagt.

<http://www.aerztezeitung.de/nel/?id=349418,3908,/medizin/depressionen>

Anmerkung Scherrmann: Eine hohe Prozentzahl dieser psychischen Beschwerden duerfte durch Neurotoxine verursacht sein. Wann endlich faengt die psychosomatische Medizin an, sich damit auseinanderzusetzen?

=====

VERANSTALTUNGEN

4. Rheinland-Pfalzisch-Hessisches Mobilfunksymposium

Was funkt denn da? Reduzierung von Funkwellen in Wohnung und Büro

Termin: Samstag, 23. April 2005, | 09.30 bis 18.00 Uhr im Erbacher Hof in Mainz

Tagungsbeitrag: 15 € / 10 € für BUNDmitglieder

Anmeldung & Information: Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) Landesverband Rheinland-Pfalz e.V.

mobilfunksymposium@bund-rlp.de www.bund-rlp.de

Themen: UMTS, GSM, WLAN, Bluetooth, DECT, Naila-Studie
Als Lehrerfort- und -weiterbildung in Rheinland-Pfalz anerkannt

=====

POLITIK - BEHOERDEN

=====

Bayerisches Staatsministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz Pressestelle

München, 06. April 2005 Schnappauf: **Gesundheit der Kinder vom ersten Tag an schützen
"Auf Alkohol und Nikotin verzichten und Vorsorgeuntersuchungen nutzen"**

Durch Alkohol und Nikotin drohen dem ungeborenen Kind Gefahren, die oft nicht ernst genug genommen werden. Dies betonte Bayerns Gesundheitsstaatsminister Werner Schnappauf heute in München anlässlich des Weltgesundheitstages am 7. April 2005. Schnappauf: "Alkohol ist eine große Gefahr für das ungeborene Kind. Schon geringe Mengen können die Gesundheit des Kindes schädigen. Verzicht ist daher eine Frage der Verantwortung." Aber auch das Rauchen der Eltern macht die Kinder krank: "Deutschlandweit rauchen etwa 20 Prozent der Mütter und jedes zweite Kind wächst in einem Haushalt auf, in dem geraucht wird. Die gesundheitlichen Belastungen für Kinder sind dabei enorm", so der Minister. Durch das unfreiwillige Mitrauchen werde bereits das ungeborene Leben geschädigt. Aber auch Babys und Kleinkinder, die sich größtenteils im Hause aufhalten, können durch das Rauchen der Eltern krank werden.

Neben dem Verzicht auf Alkohol und Nikotin gibt es noch viele aktive Möglichkeiten die Gesundheit der Kinder zu schützen und zu fördern. Stillen zur Stärkung des Immunsystems, Vorsorgeuntersuchungen, Neugeborenen-Screening auf Stoffwechseldefekte und Hörschäden, Schutzimpfungen gegen Infektionskrankheiten, Rückenlage des Säuglings zur Vermeidung des plötzlichen Kindstodes und sichere häusliche Umgebung zur Vermeidung von Kinderunfällen sind sinnvolle Maßnahmen. Schnappauf: "Gesunde Kinder sind unser größtes Kapital für die Zukunft. Hier kommt es ganz wesentlich darauf an, Krankheiten so früh wie möglich zu erkennen, um ihnen wirksam entgegenzutreten zu können. Deshalb bietet Bayern beispielsweise mit seinem Neugeborenen-Screening für Stoffwechselerkrankungen für die Eltern eine bundesweit modellhafte Möglichkeit zur Vorsorge an. "Diese Möglichkeit sollte konsequent genutzt werden," so der Minister.

Weitere Informationen: <http://www.gesundheit.bayern.de>

Anmerkung Scherrmann: Es ist für mich inzwischen kaum mehr nachvollziehbar, warum von Seiten der Regierungen - hier der Bayrischen - nicht auch auf andere Innenraumschadstoffe hingewiesen wird. Das Rauchen ist ein wichtiger Faktor, dies ist keine Frage, aber über andere Innenluftschadstoffe im Zusammenhang mit der Gesundheit der Kinder nicht aufzuklären, ist meines Erachtens nicht nur ein grosses Defizit sondern unverantwortlich.

München, 29. März 2005 Schnappauf: **"Luftreinhalteplan für München muss jetzt umgesetzt werden"**

Nach EU-Grenzwertüberschreitung fordert Schnappauf Landeshauptstadt München auf, aktiv zu werden.

Nach der EU-Grenzwertüberschreitung in München fordert Umweltminister Dr. Werner Schnappauf die Landeshauptstadt München auf, bei der Feinstaubbekämpfung in München aktiv zu werden entsprechend dem seit November 2004 vorliegenden Luftreinhalteplan für die Landeshauptstadt München. Schnappauf: "Die Stadt München muss jetzt handeln. München ist jetzt in der Pflicht, den gemeinsam entwickelten Luftreinhalteplan umzusetzen und sofort erste Maßnahmen zu ergreifen. Eine wirkungsvolle Maßnahme, die sofort gestartet werden kann, sei zum Beispiel die regelmäßige Nassreinigung der besonders mit Feinstaub belasteten Straßenzüge im Münchner Stadtgebiet. Auch andere Städte ergreifen vergleichbare Sofortmaßnahmen wie etwa Düsseldorf und Dortmund auf schwer belasteten Straßenzügen. Nach Erkenntnissen des Landesamtes für Umweltschutz sind ca. 15 Prozent der Feinstaubbelastung auf Streusalz und Rollsplitt zurückzuführen". Schnappauf: "Hier kann mit gezielten Schwerpunktaktionen der kommunalen Hand sehr rasch eine merkliche Verbesserung der Feinstaubbelastung erreicht werden." In einem zweiten Schritt solle die Landeshauptstadt Pläne

vorlegen, mit welchen geeigneten verkehrsleitenden Maßnahmen eine Verbesserung der Situation an den besonders stark belasteten Straßenzügen in München erreicht werden kann. Schnappauf: "Die Landeshauptstadt hat nach der Straßenverkehrs-Ordnung die entsprechenden rechtlichen Möglichkeiten."

Schnappauf kündigte an, dass die Staatsregierung ein Maßnahmenpaket auf den Weg bringen wird, das im Schwerpunkt den Bund und die Europäische Union betrifft, weil die meisten politischen Maßnahmen nur überregional entschieden werden können. Dazu zähle vor allem eine aufkommensneutrale Steuererleichterung für den Einbau von Rußpartikelfiltern. Die meisten rechtlichen Maßnahmen zur Reduzierung von Feinstaub sind Bundesrecht oder Europäisches Recht. Schnappauf: "Wir haben in Deutschland die neuesten Technologien, um die Schadstoffbelastung im Straßenverkehr spürbar zu reduzieren. Hier ist jetzt die rot-grüne Bundesregierung aufgefordert, endlich aktiv zu werden und eine aufkommensneutrale steuerliche Förderung für den breiten Einsatz von Rußpartikelfiltern zum Schutz der Bürger und der Umwelt vorzulegen."

Weitere Informationen: <http://www.luft.bayern.de>

München, 23. März 2005 Schnappauf: **Feinstaub konsequent reduzieren**

Bayern will den Feinstaubanteil in der Luft durch eine konsequente Reduktionsstrategie dauerhaft verringern, betonte Bayerns Umwelt- und Gesundheitsminister Werner Schnappauf auf der heutigen Pressekonferenz in München.

Bayern will den Feinstaubanteil in der Luft durch eine konsequente Reduktionsstrategie dauerhaft verringern, betonte Bayerns Umwelt- und Gesundheitsminister Werner Schnappauf auf der heutigen Pressekonferenz in München. Einem kurzzeitigen Aktionismus erteilte der Minister eine klare Absage. Die von den bayerischen GRÜNEN geforderte City-Maut lehnte der Minister als fachlich ungeeignete und veraltete Öko-Ideologie ab. Schnappauf sprach sich demgegenüber für eine beschleunigte Einführung von saubereren Dieselfahrzeugen aus. Der Bundesregierung warf der Minister eine unerträgliche Destruktions- und Verzögerungspolitik vor und forderte ein neues aufkommensneutrales Anreizprogramm für die Aus- und Nachrüstung von Diesel-Pkws. Für Lkws und Busse brachte der Minister eine stärkere Mautspreizung ins Gespräch.

Schnappauf rief zu einer Versachlichung der Diskussion auf. Die Luftgüte sei heute dank wesentlich verringerter Emissionen an Kohlenmonoxid, Blei, Schwefeldioxid und Benzol besser als in den vergangenen Jahrzehnten. Seit 1990 konnten auch die Gesamtstaub-Emissionen um 80 Prozent reduziert werden. 2004 wurde der seit 1.1.2005 EU-weit geltende strenge und gesundheitsrelevante Jahresmittelwert von 40 Mikrogramm Feinstaub pro Kubikmeter Luft an sämtlichen 55 Messstellen in Bayern eingehalten. Problematisch sind allerdings noch die Feinstaub-Tagesmittelwerte vor allem an den Verkehrsknotenpunkten, den sogenannten "hot spots", wo unterschiedliche Feinstaubquellen aus Verkehr, Industrie- und Hausfeuerungen zusammentreffen.

Nach den Messungen des Landesamts für Umweltschutz stammen rund 25 Prozent des Feinstaubes aus lokalem Verkehr, weitere 25 Prozent aus dem städtischen Hintergrund und rund 50 Prozent werden aus dem Umland eingeweht. Die Anteile schwanken jedoch stark, je nach Verkehrsaufkommen, Meteorologie, Ort, Umgebung und Jahreszeit. Aus diesem Grund sei eine ganzheitliche Strategie erforderlich und kein Einzel-Aktionismus.

Die Luftreinhalte- und Aktionspläne liegen für 10 bayerische Städte vor; bis Mitte 2005 kommt Lindau hinzu. Sie enthalten nicht nur mittel- bis langfristige Maßnahmen zur Verringerung der Feinstaubbelastung, sondern auch konkrete kurzfristige Aktionen, wie z.B. die Umstellung der Busse des öffentlichen Personennahverkehrs auf Erdgasbetrieb oder die Umstellung von einem 20-Minuten-auf einen 10-Minuten-Takt der S-Bahn. Die Pläne werden fortlaufend angepasst und weiterentwickelt. So soll angesichts der großen Bedeutung von weiträumigen Schadstoffverfrachtungen das Münchner Umland in die Fortschreibung der Pläne mit einbezogen werden. Insgesamt, so versicherte Schnappauf, werden alle zusätzlichen, derzeit nicht in den Luftreinhalteplänen beschlossenen Maßnahmen ohne Tabu auf ihre Eignung und Verhältnismäßigkeit geprüft. Dies schließe auch verkehrsbeschränkende Maßnahmen, deren Wirkung jedoch nach der bisherigen vorläufigen Datenlage eher als gering einzustufen ist, grundsätzlich ein. Anders verhält es sich mit Mautflüchtlingen. Schnappauf: "Lkws, die von Holland nach Italien unterwegs sind, sollen auf der Autobahn bleiben. Die haben im Münchner Stadtgebiet nichts zu suchen." Sollten sich die ersten Indizien erhärten, dass in zunehmendem Maße Lkw-Fahrer von der Autobahn auf die mautfreien

Parallelstraßen ausweichen, muss hier schleunigst gehandelt werden. Schnappauf: "Der Bundesverkehrsminister will abwarten und zuerst die "Mautpreller" ein Jahr lang zählen. Soviel Zeit hat München nicht. Ich fordere Stolpe auf, entweder die A99 von der Mautpflicht auszunehmen oder den Mittleren Ring in München in die Mautpflicht einzubeziehen."

Der Freistaat verfügt über die EU-weit umfangreichsten gesundheitlichen Untersuchungen, denen zufolge die feine und für das menschliche Auge nicht sichtbare Staubbelastung in der Luft zu Asthma und Herz-Kreislauf-Erkrankungen führen kann. Die scharfen Grenzwerte sind im Interesse der Gesundheit wichtig und notwendig. Saubere Luft ist für die Gesundheit unabdingbar, so der Minister. Weitere Informationen: <http://www.luft.bayern.de>

=====

BUNDESTAG

Berlin: Mi, 06.04.2005 Umwelt/Antwort **POSITION DES EU-PARLAMENTS ZU "REACH" NACH DER SOMMERPAUSE ERWARTET**

Berlin: (hib/WOL) Unter Federführung des Umweltausschusses sind derzeit mehrere Ausschüsse des Europäischen Parlaments mit der ersten Lesung des Entwurfs zur REACH-Verordnung befasst, deren Abschluss nach der Sommerpause erwartet wird.

Dies erklärt die Bundesregierung in ihrer Antwort (15/5180) auf eine Kleine Anfrage der FDP (15/4910). Mit REACH (Registration, Evaluation und Authorisation of Chemicals) will die EU-Kommission rund 30.000 verarbeitete Chemikalien in Produkten einer umfassenden Sicherheitsbewertung unterziehen.

In der Antwort wird dargelegt, nach der Erörterung allgemeiner Fragen zur Registrierung und gemeinsamen Datennutzung unter der irischen und niederländischen Präsidentschaft befasste sich die Kommission nun unter luxemburgischer Präsidentschaft mit der konkreten Klärung von Informationen in der Lieferkette und den nachgeschalteten Anwendern.

Dabei gehe es um die Bewertung der Gefährlichkeit der Stoffe, die Regelung ihrer Zulassung sowie der möglichen Verbote oder Beschränkungen.

Zum Stand des Verfahrens heißt es, in der bisherigen Folgenabschätzung seien insgesamt 36 Studien - darunter auch mehrere deutsche - analysiert und zusammenfassend bewertet worden. Die Bundesregierung begrüßt Hinweise aus den Untersuchungen auf konkrete Maßnahmen zur optimalen und kosteneffizienten Ausgestaltung.

Gegenstand konkreter Regelungsvorschläge in den Ratsberatungen sei unter anderem der von der Bundesregierung unterstützte britisch-ungarische REACH-Ansatz "Ein Stoff - eine Registrierung". Ebenfalls unterstützt werde ein von Deutschland und Österreich eingebrachter Vorschlag zur Erleichterung der Information in der Lieferkette. Dabei soll ein System von Verwendungs- und Expositionskategorien entwickelt werden. Nachdrücklich unterstützt würden zudem die Aktivitäten der EU-Kommission für klare Arbeitshilfen. Diese sollen bei der praktischen Umsetzung von REACH vor allem kleinen und mittleren Unternehmen zugute kommen.

Zur Frage der Vereinbarkeit von REACH mit dem Regelwerk der Welthandelsorganisation WTO heißt es, bei der Prüfung durch die EU hätten sich bislang keine Anhaltspunkte ergeben, die eine Vereinbarkeit und Kompatibilität mit dem WTO-Regelwerk in Frage stellen.

Verbraucherschutz/Antwort **VERPFLICHTENDE HERKUNFTSANGABEN VON LEBENSMITTELN EUROPaweit REGELN**

Berlin: (hib/SAS) Die Bundesregierung beabsichtigt eigenen Angaben zufolge nicht, zusätzlich zu den Regelungen für geschützte geographische Angaben für Lebensmittel auch verpflichtende Bestimmungen zur Herkunft der verarbeiteten Produkte einzuführen.

Weiter heißt es in der Antwort der Regierung (15/5094) auf eine Kleine Anfrage der FDP-Fraktion (15/4976) zu Qualitäts- und Herstellungsangaben bei Lebensmitteln, gemeinschaftsrechtliche Vorschriften über die Herkunft oder den Ursprung von Lebensmitteln bestünden für spezielle Erzeugnisse auf der Grundlage von Marktordnungsregelungen, etwas bei frischem Obst und Gemüse, bei Rindfleisch, Eiern und Wein. Weitergehende verpflichtende Herkunftsangaben könnten grundsätzlich nur auf europäischer Ebene getroffen werden. Das Bundesverbraucherschutzministerium sei bereits Anfang 2004 bei der EU-Kommission dafür eingetreten, die Etikettierungsrichtlinie um Bestimmungen zur verpflichtenden Herkunftsangabe von

Lebensmitteln zu ergänzen.

Zuletzt habe man Anfang 2005 dieses Anliegen erneut vor dem Agrarministerrat vorgebracht. Demgegenüber hält die Regierung eine Abschaffung des Bezeichnungsschutzes von geographischen Angaben auf EU-Ebene für nicht durchsetzbar.

Der Bezeichnungsschutz von geographischen Angaben werde von einer Mehrheit der Mitgliedstaaten getragen und auch die Europäische Kommission sei in keinem Fall bereit, diesen aufzugeben, heißt es. Gleiches gilt nach Einschätzung der Regierung für den Schutz von traditionellen Spezialitäten. Mehrfache Anstöße der Bundesregierung, die gemeinschaftsrechtlichen Regelungen hierfür zu präzisieren, habe die EU-Kommission nicht aufgegriffen.

Die FDP-Fraktion hatte in ihrer Anfrage die Meinung vertreten, dass Herkunftskennzeichnungen der deutschen Ernährungswirtschaft sowohl bei den deutschen Verbrauchern als auch international die große Chance böten, mit ihrer "guten Qualität" Absatzmärkte zu sichern und neue zu erschließen. Neben Herkunftskennzeichen dienen Qualitäts- und Herstellungsangaben wie "Premium", "aus eigenen Herstellung", "aus Meisterhand" oder "von Tieren aus kontrollierter Aufzucht" der Ernährungsindustrie und insbesondere dem Lebensmittelhandwerk zur Information und Werbung. Gerade das Handwerk setze auf den Kundenwunsch nach guter Qualität und Transparenz, nachdem Produkte frisch und mit guter fachlicher Praxis selbst unter Verwendung von Zutaten aus nachvollziehbarer Quelle hergestellt würden.

=====

Statistisches Bundesamt

06.04.05: 1,7 Millionen arbeiten in der ambulanten Gesundheitsversorgung

Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes vom Mittwoch arbeiteten im Jahr 2003 insgesamt rund 1,7 Millionen Beschäftigte in den ambulanten Einrichtungen des Gesundheitswesens. Die Arztpraxen stellten mit 653.000 Beschäftigten in rund 113.000 Einrichtungen dabei die meisten Arbeitsplätze. An zweiter Stelle folgten die 46.000 Zahnarztpraxen mit 326.000 Beschäftigten. Die ganze Nachricht im Internet: http://www.ngo-online.de/ganze_nachricht.php?Nr=10823

30.03.05: Erste Zahlen zum vorbeugenden Umweltschutz in der Industrie

Wiesbaden (ots) - Erstmals legt das Statistische Bundesamt Zahlen über die Investitionen der Industrie in vorbeugende Umweltschutzmaßnahmen vor. Danach flossen im Jahr 2003 424 Mill. Euro, ein Drittel der gesamten Umweltschutzinvestitionen des Verarbeitenden Gewerbes, in den vorbeugenden (integrierten)

Umweltschutz. Das sind vor allem Produktionstechniken, die Schadstoffe gar nicht erst entstehen lassen. Dazu zählen in der Luftreinhaltung Vakuumpumpen und Brenner mit niedrigen Stickstoffoxid-Werten. Zwei Drittel der Umweltschutzinvestitionen (863 Mill. Euro) flossen in nachsorgende (additive) Maßnahmen, die umweltschädliche Stoffe erst nach ihrer Entstehung mindern - etwa Entschwefelungsanlagen oder Staubfilter in industriellen Verbrennungsanlagen.

Den höchsten Anteil an den Investitionen in vorbeugenden Umweltschutz hatte die Chemische Industrie mit 200 Mill. Euro, gefolgt vom Fahrzeugbau mit 100 Mill. Euro und der Metallerzeugung und Metallbearbeitung mit 23 Mill. Euro.

Insgesamt investierte das Verarbeitende Gewerbe im Jahr 2003 rund 1,3 Mrd. Euro in vorbeugenden und nachsorgenden Umweltschutz, und zwar in die Bereiche Abfallwirtschaft, Gewässerschutz, Luftreinhaltung, Lärmbekämpfung, Naturschutz, Landschaftspflege und Bodensanierung. **Der Umweltschutz hatte am gesamten Investitionsvolumen des Verarbeitenden Gewerbes einen Anteil von 2,7%.**

Daten zur zeitlichen Entwicklung im vorbeugenden Umweltschutz liegen nicht vor, da von 1996 bis 2002 seitens der amtlichen Statistik allein Angaben über die additiven Umweltschutzinvestitionen erhoben wurden. Mit den nun erstmals für das Jahr 2003 in die amtliche Umweltstatistik einbezogenen vorbeugenden (integrierten) Umweltschutzinvestitionen schließt das Statistische Bundesamt eine Datenlücke.

Weitere Auskünfte gibt: Zweigstelle Bonn, Dr. Thomas Grundmann, E-Mail: thomas.grundmann@destatis.de

ots-Originaltext Statistisches Bundesamt, Pressestelle, Email: presse@destatis.de

Hervorhebungen: Scherrmann, Anmerkung Scherrmann: Dass 424 Mill. Euro in den vorbeugenden Umweltschutz flossen, ist - absolut betrachtet - eine hohe Zahl. Relativ betrachtet, ist dies ein Anteil von 0,9 % des gesamten Investitionsvolumen des Verarbeitenden Gewerbes und angesichts der inzwischen vorhandenen Erkenntnisse über die gesundheitsschädlichen Auswirkungen von Produkten des Verarbeitenden Gewerbes eindeutig zu wenig. Hier wird sich mit Sicherheit erst etwas ändern, wenn die Beweislastumkehr (bzgl. krankmachender Substanzen in Produkten) per Gesetz eingeführt wird und die Industrie für die Gesundheitsschäden, die durch ihre Produkte verursacht wurden, haftbar gemacht wird.

18.03.05, **69% der Bäume in Deutschland sind krank**

Wiesbaden (ots) - Zum "Tag des Waldes" am 21. März teilt das Statistische Bundesamt mit, dass in Europa je nach Land zwischen ca.40% und 90% der Bäume geschädigt sind. Dies zeigen Untersuchungsergebnisse der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa für das Jahr 2003.

Mit durchschnittlich 69% geschädigter Bäume lag Deutschland innerhalb Europas im Mittelfeld. Die höchsten Schädigungen an Laub- und Nadelbäumen traten vor allem in Osteuropa auf. Durchschnittlich über 80% der Bäume waren betroffen in Bulgarien (81%), der Ukraine (82%), in Litauen (87%), in der Tschechischen Republik (89%), in der Slowakei (90%) sowie in Polen (92%). In Westeuropa wies Italien mit 80% den größten Anteil geschädigter Bäume auf.

Anteile von weniger als 50% kranker Bäume verzeichneten Rumänien (38%), Dänemark (38%), Österreich (39%), Finnland (46%), die Niederlande und Irland (jeweils 47%).

Statistisches Bundesamt Pressestelle, Email: presse@destatis.de

Anmerkung Scherrmann: Die Krankheit von Bäumen lässt sich leichter diagnostizieren als die Krankheit von Menschen

=====

Ende des newsletter/d/83

Alle Angaben ohne Gewähr. Alle Informationen in diesem Newsletter wurden sorgfältig recherchiert. Dennoch kann keine Haftung für die Richtigkeit der gemachten Angaben übernommen werden.

Wenn Sie den newsletter/deutsch nicht mehr erhalten wollen, mailen Sie bitte "Unsubscribe newsletter/deutsch" in der Betreffs-zeile an info@safer-world.org

Ingrid Scherrmann

Fuchsfeldstr. 50, D-88416 Ochsenhausen,

phone: + 49 7352 940529,

email: info@safer-world.org , web: <http://www.safer-world.org>

SAFER WORLD ist ein privates unabhängiges internationales Internet-Netzwerk für eine gesündere Umwelt